

Was die SPD aus ihren Zusagen gemacht hat

Beim Wort genommen

Ruprecht Polenz

„Innovation und Gerechtigkeit“ – unter diesem Slogan ließ Gerhard Schröder 1998 seinen Wahlkampf stellen. Heute, nach zwei Jahren Rot-Grün, können wir feststellen, dass vieles in unserer Gesellschaft ungerechter geworden ist. Von Innovationen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes fehlt jede Spur. Der Tiefstand des Euro ist nur ein Indikator dafür, dass es in Deutschland viele unerledigte Aufgaben gibt.

Die mediengerechte Inszenierung von Politik vermag den Grundfehler der Politik Gerhard Schröders nicht zu verdecken: Sie ist auf kurzfristige, symbolhafte Erfolge ausgerichtet, nichts wird wirklich zu Ende gedacht. Das ist im Fall des Unternehmens Holzmann ebenso deutlich zu Tage getreten wie bei der Reise Schröders durch die neuen Bundesländer. Rot-grüne Regierungspolitik trägt einen zweiten Charakterzug. Sie ist Politik an den Menschen vorbei. In der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft wurde der Wille der überwältigenden Mehrheit der Menschen ignoriert, und in der Diskussion um die Ökosteuer werden die Sorgen und Ängste der Menschen ebenso missachtet wie bei den schädlichen Äußerungen des Bundeskanzlers über den angeblich begrüßenswerten Fall des Eurokurses.

Das eigentlich Gefährliche an dieser Politik ist, dass die Entfernung zwischen den Men-

schen und der politischen Führung immer weiter anwächst. Genau hier muss die Politik der CDU ansetzen. Der Unterschied zwischen der Christdemokratie und der Sozialdemokratie nach dem Bild Schröders ist einfach erklärt. Für die CDU steht der Mensch im Mittelpunkt. Für Schröder ist der Mensch das Mittel – und Punkt.

Millionenfach hat die SPD im Bundestagswahlkampf 1998 eine „Garantiekarte“ verteilt, auf der Schröder den Wählern neun konkrete Zusagen macht. „Bewahren Sie diese Karte auf“, heißt es dort, „und Sie werden sehen, dass wir halten, was wir versprechen.“ Wer diese Karte aufbewahrt hat, kann nunmehr zur Mitte der Legislaturperiode prüfen, was aus den Versprechen geworden ist:

SPD-Versprechen: „Mehr Arbeitsplätze durch eine konzertierte Aktion für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Arbeitslosigkeit kann man bekämpfen.“

Realität: Während sich in unseren Nachbarländern der Aufschwung zunehmend auch am Arbeitsmarkt bemerkbar macht, herrscht in Deutschland Stagnation. Der rot-grünen Bundesregierung ist es nicht gelungen, aus der Sackgasse in der Arbeitsmarktpolitik herauszufinden.

Wenn Arbeitsminister Riester stolz verkündet, die Zahl der Arbeitslosen würde in diesem Jahr um rund 300 000 sinken, dann ist

dies ausschließlich darauf zurückzuführen, dass mehr ältere Arbeitnehmer ausscheiden als jüngere nachrücken. Aus älteren Arbeitslosen werden Rentner – aber das ändert nur die Statistik. Mit der Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik der Bundesregierung hat das nichts zu tun. Die prognostizierte Abnahme der Arbeitslosigkeit liegt gerade im demographischen Trend.

Im April 2000 wurde zudem die Beschäftigungszahl, die die Bezugsgröße für die Berechnung der Arbeitslosenquoten ist, neu definiert. Um die tatsächliche Entwicklung zu verschleiern, werden die Inhaber von Mini-Jobs nicht mehr als Arbeitslose, sondern als „sozialversicherungspflichtig Beschäftigte“ gerechnet. Allein dadurch ist die Arbeitslosenquote rein rechnerisch um 0,4 Prozent gesunken. Das ist fast die Hälfte des von der Regierung gefeierten „Erfolges“ auf dem Arbeitsmarkt. Die demographische Entwicklung als Erfolg zu verkaufen, das ist nun wirklich zu wenig für einen Bundeskanzler, der vor zwei Jahren mit dem Versprechen angetreten ist, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Das rot-grüne Ziel von 3,5 Millionen Arbeitslosen bis 2002 wird durch die demographische Entwicklung selbst dann erreicht, wenn die Regierung überhaupt nichts tut und geschlossen in Urlaub fährt. Schröders Leistung muss deswegen nicht am Sinken der Zahl der Arbeitslosen, sondern am Anstieg der Zahl der Beschäftigten gemessen werden. Aber hier rechnet selbst Schröder mit einer Stagnation.

Den reinen Absichtserklärungen beim „Bündnis für Arbeit“ müssen endlich Taten folgen. Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass wieder neue Arbeitsplätze in Deutschland entstehen. Dazu sind aber strukturverändernde Maßnahmen notwendig, die insbesondere die klei-

nen und mittleren Unternehmen entlasten, denn die Erfahrung zeigt, dass vor allem in diesen Betrieben neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Trotzdem bevorzugt die rot-grüne Steuerreform einseitig Großunternehmen. Von einer Politik, die die Probleme auf dem Arbeitsmarkt wirklich angeht und den Arbeitslosen eine Perspektive eröffnet, ist nichts zu erkennen.

SPD-Versprechen: „Ein Sofortprogramm. 100 000 Arbeitsplätze für Jugendliche und mehr Lehrstellen durch eine Ausbildungs-offensive 99.“

Realität: Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hat die Regierung zwei Milliarden D-Mark zur Verfügung gestellt – eigentlich ein guter Ansatz.

Entscheidender Maßstab für die Qualität eines Ausbildungsprogramms kann aber nicht sein, wie viele Jugendliche vorübergehend mit dem Programm in Trainings- und Motivationskursen beschäftigt werden, sondern wie viele junge Menschen einen festen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz durch das Sonderprogramm erhalten. Vom Januar bis Juni 2000 konnten von den 15 226 Teilnehmern am Sofortprogramm, die im Jahr 2000 die Maßnahmen begonnen und beendet haben, nur 1842 auf dem regulären Arbeitsmarkt einen Arbeitsplatz finden und lediglich 268 eine anerkannte Berufsausbildung in einem Betrieb.

Quantität ging von vornherein vor Qualität – zu Lasten der Jugendlichen. Die Presse berichtete von Fällen, in denen Jugendliche in großer Zahl zu „Pferdewirten“ oder zu „Wassersportanimateuren“ ausgebildet wurden, obwohl in den Arbeitsämtern von entsprechender Nachfrage nichts bekannt war. Gleichzeitig fehlen Lehrlinge in den Handwerksbetrieben. Mehr als 60 000 Jugendliche sind in Maßnahmen gesteckt worden, die nur wenige Wochen dauerten. Fast ein

Beim Wort genommen

Drittel ist schon wieder arbeitslos, die übrigen befinden sich in Warteschleifen oder sind sonst wohin abgesprungen. Die besonders von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen ohne Schulabschluss bildeten von vornherein nur eine Minderheit unter den Geförderten (16,8 Prozent).

Die angekündigte Ausbildungsoffensive hat keinen grundlegenden Wandel zum Positiven für die Jugendlichen geschaffen, die eine Lehrstelle suchen. Ende August 2000 kamen in Deutschland 143 050 Bewerber auf 76 530 Lehrstellen, das heißt, es gab einen Fehlbestand von 66 520 Lehrstellen. Besonders dramatisch ist die Situation in den neuen Bundesländern. Dort kamen auf 54 204 Bewerber nur 9352 Lehrstellen.

Es gibt sinnvollere Wege, zwei Milliarden D-Mark für den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit zu investieren. Gezielt Handwerker und Mittelständler zu fördern ist noch immer das beste Ausbildungsprogramm. So kann gewährleistet werden, dass marktgerecht und zukunftsfest ausgebildet wird.

Aufbau Ost und „Ideenfabrik“

SPD-Versprechen: „Aufbau Ost wird zur Chefsache und mit einem gebündelten Zukunftsprogramm vorangetrieben.“

Realität: Nach einem anfangs stürmischen Aufholprozess der neuen Bundesländer unter der unionsgeführten Bundesregierung driften Ost und West wieder auseinander. Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern stockt, der Abstand zu den alten Bundesländern wächst. Auch die zweiwöchige PR-Reise Schröders durch die neuen Länder konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Aufbau Ost für diese Bundesregierung keine Herzensangelegenheit ist. Worte und Taten klaffen weit aus-

einander: Der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland entwickelt sich immer negativer. Die Arbeitslosigkeit liegt übersiebzehn Prozent, und es besteht keine Perspektive auf Besserung im Jahre 2000. Noch bedrückender ist jedoch die Jugendarbeitslosigkeit, weshalb immer mehr gerade auch gut ausgebildete junge Menschen die neuen Länder verlassen. Auf Grund der Bevölkerungsverluste verzeichnen die strukturschwachen Regionen hohe Wohnungsleerstände.

Der Osten ist deshalb weiterhin dringend auf eine stabile finanzielle Unterstützung angewiesen. Das Ziel ist eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern. Doch die Schröder-Regierung hat für den Haushalt 2000 insgesamt 2,75 Milliarden D-Mark für den Aufbau Ost gestrichen. Und für nächstes Jahr droht eine ähnliche Größenordnung. Anstatt wirtschaftsnahe Infrastrukturmittel zu erhöhen, um die Baukonjunktur zu stützen und die Basis für private Investitionen zu verbessern, streicht die Bundesregierung im Haushalt für 2001 allein zwei Milliarden D-Mark in der Infrastrukturförderung.

SPD-Versprechen: „Deutschland als Ideenfabrik durch Verdoppelung der Investitionen in Bildung, Forschung und Wissenschaft in fünf Jahren.“

Realität: Es ist keine Spur von der Verdoppelung der Zukunftsinvestitionen zu finden – in der Bildungs- und Forschungspolitik der rot-grünen Bundesregierung kommt nichts voran.

Drei Milliarden D-Mark mehr pro Jahr wären nötig zur Einlösung des Wahlversprechens. Wenn die Regierung ihre Zusage einhalten wollte, dann müsste der Bildungs- und Forschungshaushalt nach zwei Jahren Rot-Grün schon 21 Milliarden D-Mark betragen. Tatsächlich liegt er aber bei fünfzehn Milliarden D-Mark.

Auch inhaltlich ist es in der Bildungspolitik bisher bei Ankündigungen geblieben: Die BAföG-Reform soll erst im April 2001 in Kraft treten. Dann haben die Studierenden mehr als zwei Jahre auf echte Leistungsverbesserungen gewartet. Die Devise von Rot-Grün heißt ganz klar: Sparen durch Verzögern. Auf dem Rücken der Studenten. Auch die von der Bundesregierung angekündigte Verbesserung des Meister-BAföG wird vertagt, denn die dafür notwendigen Mittel streicht der Bundeswirtschaftsminister im Jahr 2001 um acht Millionen D-Mark. Das Hochschulsonderprogramm III wird nicht fortgesetzt, sondern in viele unübersichtliche Einzelmaßnahmen zerschlagen.

Deutschland fehlen Ingenieure und Fachkräfte für die boomende Branche der Informationstechnologie. Gerhard Schröder reagiert mit Symptombekämpfung. Seine so genannte *Greencard* ist Etikettenschwindel und Flickschusterei. Die *Greencard* löst weder Probleme der IT-Industrie, noch macht sie unsere Jugend zukunftsfest. Ohnehin sind bislang nur etwa 1200 Karten vergeben worden. Das zeigt: Die besten Köpfe gehen lieber in die USA, nicht zuletzt, weil sie bei uns – wenn es nach Justizministerin Däubler-Gmelin ginge – demnächst auch noch eine besondere Steuer auf neu erworbene Computer zahlen müssten.

In der Forschungspolitik klafft zwischen den Lippenbekenntnissen zur Bedeutung von Forschung und Technologie und konkreten Entscheidungen der Bundesregierung eine große Lücke. Es gibt keine neuen Ideen, keine Koordinierung und kein übergreifendes Konzept. Die Aufspaltung der Forschungspolitik zwischen dem Forschungs- und Wirtschaftsministerium hat weitere Reibungsverluste gebracht.

Die Forschungsförderung wird stiefmütterlich behandelt, Ausgaben für Schlüsseltech-

nologien wie Produktionstechnik, physikalische und chemische Technologien, Weltraumforschung, Laserforschung, Mikrosystemtechnik oder Elektronik bleiben gleich oder steigen nur ganz minimal. Ganz zu schweigen ist von den Kürzungen bei der Energieforschung, der Luftfahrtforschung und der Industrieforschung im Haushalt des Wirtschaftsministers.

Rot-grüne Politik bleibt innovationsfeindlich, die Rahmenbedingungen für Innovationen werden immer weiter verschlechtert: aus für die Transrapid-Strecke Hamburg–Berlin, Bremsfuß bei der Genehmigung des Forschungsreaktors Garching II, Moratorien und Anbauverbot für gentechnisch gezüchtete Pflanzen trotz positiven wissenschaftlichen Votums, Erhöhung der Patentgebühren, Diskussionen um eine Internetsteuer, Ausstieg aus der Kerntechnik. Das sind rot-grüne Hemmschwellen, mit denen die Entwicklung Deutschlands zum Hightech-Land blockiert wird.

Kriminalitätsbekämpfung

SPD-Versprechen: „Bekämpfung der Kriminalität und ihrer Ursachen, Verhinderung der Geldwäsche, Einzug illegaler Vermögen, Verhinderung illegaler Beschäftigung.“

Realität: Unter der Schröder-Regierung hat es 1999 mehr als 6,3 Millionen Straftaten gegeben (1990: 4,4 Millionen). Die Gewaltkriminalität (Körperverletzungen) ist gegenüber dem Vorjahr um 5,3 Prozent gestiegen. Die Anzahl tatverdächtiger Jugendlicher erhöhte sich bei diesen Delikten um 7,4 Prozent.

Initiativen zum Einzug illegaler Vermögen und im Kampf gegen Geldwäsche blieben bei Schröder Fehlanzeige. Das ist in zweifacher Hinsicht tragisch: Denn gerade aus der

steigenden Rauschgiftkriminalität, Schutzgelderpressung, Korruption, Prostitution und dem Menschenhandel werden illegale Vermögen gebildet.

Die Schröder-Regierung vereitelte einen verbesserten Opferschutz. So lehnte sie einen bereits im Dezember 1998 von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den Deutschen Bundestag eingebrachten Gesetzentwurf ab, mit dem Telefonüberwachung in Fällen des Kindesmissbrauchs und der Verbreitung von Kinderpornografie ermöglicht werden sollte. Ebenso unbedacht ließ die Schröder-Regierung die für den Bereich der organisierten Kriminalität besonders wichtige und von der CDU 1994 eingeführte Kronzeugenregelung auslaufen. Dabei weiß jeder, dass eine effektive Strafverfolgung auf Grund einer Abschottung im Bereich der organisierten Kriminalität ohne die Gewinnung von Kronzeugen oft nicht möglich ist.

Die Schröder-Regierung will Haftzeiten für Straftäter senken, um die Haftanstalten zu entlasten. Hierzu soll die Bewährung auf Haftstrafen von bis zu drei Jahren ausgedehnt werden. Gleichzeitig sollen Straftäter regelmäßig aus der Haft entlassen werden, nachdem sie lediglich die Hälfte ihrer Strafe verbüßt haben. Das ist genau das falsche Signal. Ein Signal – das erneut an den berechtigten Bedürfnissen der Menschen an Sicherheit und konsequenter Strafverfolgung und -ahndung vorbeigeht.

Frauenpolitik

SPD-Versprechen: „Neuer Aufbruch für die Frauenpolitik durch Aktionsprogramm ‚Frau und Beruf‘ und eine eigenständige Alterssicherung.“

Realität: Geplant war ein neues Gleichstellungsgesetz für die Bundesverwaltung, das

Pläne mit verbindlichen Vorgaben enthält. Auch für die Privatwirtschaft wollte die Regierung gleichstellungsgesetzliche Regelungen und Instrumente erarbeiten, um Diskriminierungen von Frauen zu beseitigen und den Beschäftigungsanteil von Frauen in den Bereichen zu erhöhen, in denen sie unterrepräsentiert sind. An beide Vorhaben hat sich die Regierung bis heute nicht herangetraut.

Das Versprechen, die Rahmenbedingungen für Erziehungsgeld und -urlaub zu ändern, hat die Regierung zwar eingelöst, nur verbessert hat sich deutlich weniger als versprochen. Beim Erziehungsgeld gibt es jetzt eine Budgetierung. Der Begriff verschleiert, dass Rot-Grün den Rotstift bei den Eltern ansetzt: Wer zum Beispiel statt 24 Monate nur zwölf Monate Erziehungsgeld bezieht, erhält monatlich 900 statt 600 D-Mark. Eine Mutter, die bereits nach einem Jahr in den Beruf zurückkehrt, muss ein Minus von 3600 D-Mark in Kauf nehmen. Bei den Freibeträgen für das zweite und weitere Kinder hing die Familienministerin zunächst die Latte hoch: 7000 D-Mark sollten Eltern pro Jahr zur Verfügung stehen. Auf Druck des Finanzministers ist sie eingeknickt. Nun gibt es nur 4800 D-Mark (erst 2003 dann 6140 D-Mark).

Die Versprechungen der Regierungsparteien, für Frauen eine eigenständige Alterssicherung einzuführen, wurden nicht eingehalten. Die geplante Rentenreform der rot-grünen Regierung geht vielmehr einseitig zu Lasten von Frauen. Besonders von Altersarmut betroffen werden künftig die Frauen sein, die sich in der Vergangenheit der Kindererziehung gewidmet haben und nicht erwerbstätig waren. Da sie keine Förderung der privaten Vorsorge erhalten sollen, werden gerade diese Frauen massiv benachteiligt.

Die Absenkung des Rentenniveaus auf 61 Prozent wirkt sich insbesondere für Frauen verheerend aus. Maßstab für das Rentenniveau ist der so genannte Eckrentner, der 45 Jahre in die Rentenversicherung Durchschnittsbeiträge eingezahlt hat. Bedingt durch die Zeiten der Kindererziehung weisen Frauen im Westen dagegen im Schnitt nur 25 Versicherungsjahre, im Osten 35 Versicherungsjahre auf. Insofern trifft die Niveauabsenkung die Frauen besonders hart, da sie wesentlich niedrigere Rentenansprüche als Männer haben.

Sinkt das Rentenniveau, sinkt auch die Hinterbliebenenversorgung. Frauen werden von den Plänen der Bundesregierung also doppelt betroffen. Das Einfrieren des Freibetrages und die vollständige Anrechnung eigener Einkommen untergräbt den Anreiz zur Eigenvorsorge und verstößt damit gegen das Leistungsprinzip in der Rentenversicherung. Gleiches gilt für das vorgesehene Rentensplitting, weil selbst erworbene Rentenansprüche in vielen Fällen erheblich gekürzt werden.

Von einer zukunftsweisenden, die Familie als Keimzelle und Grundlage unserer Gesellschaft schützenden und fördernden Gesellschaftspolitik ist die Bundesregierung weit entfernt.

Keine Entlastung für Familien

SPD-Versprechen: „Mehr Steuergerechtigkeit durch Entlastung von Familien (mit zwei Kindern) um 2500 D-Mark pro Jahr, mehr Kindergeld.“

Realität: Die Kindergelderhöhung um zwanzig D-Mark bleibt Augenwischerei. Insbesondere Familien mit mehreren Kindern ist damit nicht geholfen. Sie gehen bei jeder Kindergelderhöhung ab dem dritten Kind leer aus. Das sind immerhin 1,1 Millionen

Familien. Sie sind Opfer nicht erfüllter Erwartungen, die die Regierung immer wieder geweckt hat.

Auch die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes hat die SPD-Regierung auf dem billigsten Weg zu Lasten vieler Familien umgesetzt. Der neue Betreuungsfreibetrag von 3024 D-Mark je Kind bis sechzehn Jahre bringt den meisten Eltern keine Einkommensteuersparnis. Nur wenn der Betreuungsfreibetrag zusammen mit dem Kinderfreibetrag von 6912 D-Mark zu einer Steuerentlastung führt, die höher ist als das Kindergeld, wird er bei der Einkommensteuer berücksichtigt. Dies ist nur bei Eltern mit einem Kind ab einem Einkommen von 96 984 D-Mark der Fall. Familien mit sehr hohem Einkommen können durch diesen Betreuungsfreibetrag bis zu 128 D-Mark Steuern sparen. Die meisten Familien kommen nicht in den Genuss des Betreuungsfreibetrages, weil ihre Einkommen geringer sind.

Mit der Anhebung des Kindergeldes und der Senkung des Einkommensteuertarifs im unteren Bereich sollten die Familien mehr Geld im Portemonnaie haben. Doch auch in diesem Punkt wurden die Bürger getäuscht: Was die Schröder-Regierung auf der einen Seite gibt, zieht sie den Familien auf der anderen Seite wieder aus der Tasche. Die stark gestiegenen Verbrauchssteuern machen den Familien, die mehr verbrauchten als andere, immer mehr zu schaffen. Die Ökosteuer belastet eine Familie durch höhere Strom-, Heizungs- und Warmwasserkosten und steigende Preise für Benzin und des öffentlichen Nahverkehrs um mindestens 300 D-Mark. Die angesichts steigender Energiepreise und massiver Proteste beschlossenen einseitigen Nachbesserungsversuche der Bundesregierung bei der Ökosteuer sind sozial ungerecht und gehen

Beim Wort genommen

am Kern des Problems vorbei. Es wird an Symptomen kuriert, anstatt diesen ökologischen, ökonomischen und sozialen Fehlschlag abzuschaffen.

Mehr Steuergerechtigkeit und Entlastung sollte die Steuerreform der Bundesregierung bringen. Eine Nettoentlastung von 45 Milliarden D-Mark zur Belebung der Binnenkonjunktur – das hörte sich gut an. Das ifo-Institut hat jedoch berechnet, dass gestiegene Importpreise allein in der ersten Hälfte dieses Jahres schon einen Nachfrageausfall von 25 Milliarden D-Mark verursacht haben. Auf das Jahr gerechnet ergibt das fünfzig Milliarden. Wenn der Bundesfinanzminister jetzt sagt, keine Regierung in Europa habe ihre Bürger so gut auf die steigenden Rohölpreise vorbereitet wie die deutsche, offenbart er, dass es niemals wirklich um eine Entlastung der Bürger ging.

Gesundheit und Soziales

SPD-Versprechen: „Bezahlbare Gesundheit durch Entlastung chronisch Kranker bei der Zuzahlung, Jugendliche erhalten wieder Zahnersatzleistungen.“

Realität: Entgegen aller Wahlkampfzusagen wurde auf Zuzahlungen keineswegs verzichtet. Sie wurden nur leicht abgesenkt. Allein damit werden aber den Krankenkassen jährlich rund eine Milliarde D-Mark entzogen. Auch die jüngst beschlossene Kürzung der Beiträge von Arbeitslosen führt zu Mindereinnahmen von 1,2 bis 1,5 Milliarden D-Mark. Die Kürzung der Renten im Jahr 2000 verringert die Einnahmen der Krankenkassen um 600 Millionen D-Mark. Gleichzeitig wurde der Leistungskatalog ausgeweitet und damit zusätzliche Ausgaben verursacht. Die finanziellen Belastungen der gesetzlichen Krankenversicherung durch Mindereinnahmen

und Leistungsausweitungen summieren sich allein im Jahr 2000 auf 5,3 Milliarden D-Mark und im Jahr 2001 auf 6,1 Milliarden D-Mark.

Um dies zu kompensieren, wurden Ärzte und andere Leistungserbringer dazu verpflichtet, medizinische Leistungen nur noch in einem bestimmten Umfang (Budget) zu erbringen. Leistungskürzungen, Wartelisten und eine schlechtere medizinische Versorgung sind die Folge. Bereits Ende 1999 mussten die Patienten dies schmerzlich erfahren, als die Budgets für Arzneimittel ausgeschöpft waren. Auch gegen Ende dieses Jahres werden die Patienten wieder von ihrem Arzt hören, dass das Budget aufgebraucht ist.

Eine solche Politik ist unsozial, denn sie geht zu Lasten der Schwächsten in unserer Gesellschaft, die sich Gesundheitsleistungen nicht anderweitig beschaffen können. Diese Politik führt zu einer Zwei-Klassen-Medizin. Im Mittelpunkt der rot-grünen Gesundheitspolitik stehen nicht mehr die Patienten und deren medizinischer Bedarf, sondern die finanzielle Lage der Krankenkassen.

Entgegen aller Versprechungen wird es aber dennoch zu Beitragssatzerhöhungen kommen. Das Resultat: Die Menschen erhalten weniger Leistungen zu immer höheren Beiträgen. Von der angekündigten Gesundheitsreform hat sich die Bundesregierung trotz dringender Probleme gleich ganz verabschiedet.

SPD-Versprechen: „Mehr soziale Gerechtigkeit. Kohls Fehler korrigieren bei Renten, Kündigungsschutz und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.“

Realität: Die SPD hat die Reformen der unionsgeführten Regierung während des Bundestagswahlkampfes immer wieder als „sozialpolitischen Kahlschlag“ bezeichnet und

versprochen, sie werde diese „unsozialen Einschnitte“ wieder rückgängig machen. Noch im Februar 1999 hat Bundeskanzler Schröder erklärt, die Renten werden nicht von der Nettolohnentwicklung abgekoppelt. Wenige Monate später brach er sein Wort und beschränkte die Rentenerhöhungen in den Jahren 2000 und 2001 auf einen reinen Inflationsausgleich. Die Wähler wurden massiv getäuscht, und eine vernünftige und maßvolle Reform wurde durch willkürliche Eingriffe in das Rentensystem ersetzt. Während die Inflation im August 2000 bereits 1,8 Prozent betrug, erhalten die Rentner seit dem 1. Juli 2000 lediglich 0,6 Prozent mehr Rente.

Die Schröder-Regierung steht jetzt vor dem Dilemma, wie die Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung langfristig, das heißt bis zum Jahr 2030, gesichert werden kann. Während die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits am 6. Juni diesen Jahres ihr Rentenkonzept verabschiedet hat, hat die Bundesregierung seit Anfang des Jahres immer neue Vorschläge vorgelegt. Inzwischen liegt der „Diskussionsentwurf“ vor, der jedoch in vielen Punkten für die Union nicht akzeptabel ist.

Ein wichtiges Anliegen für die CDU ist die Förderung der privaten Altersvorsorge für Familien und Geringverdiener. Nach wie vor ist der Vorschlag der SPD in diesem Punkt völlig unzureichend. So soll die Kinderkomponente im ersten Jahr lediglich 3,75 D-Mark pro Kind und Monat betragen, die Grundzulage für Ledige gerade einmal 3,13 D-Mark. Die Union dagegen fordert einen direkten Zuschuss von dreißig D-Mark pro Kind und Monat. Das wäre sozial gerecht.

Auch der so genannte „Ausgleichsfaktor“ ist für uns nicht hinnehmbar. Er ist willkürlich

und belastet Versicherte umso stärker, je später sie in Rente gehen. Dies ist ein Verstoß gegen die Generationengerechtigkeit. Denn die Jüngeren müssen nicht nur die höchsten Beiträge tragen, sondern sich zudem mit einem niedrigeren Rentenniveau zufrieden geben.

Der zunächst auf Druck der Union geplante Übergang zur nachgelagerten Besteuerung wurde von der Bundesregierung zurückgezogen. Es steht zu befürchten, dass die Pläne zur Rentenbesteuerung zu einer weiteren Senkung des Rentenniveaus führen und womöglich erst nach den nächsten Wahlen öffentlich gemacht werden sollen.

Die CDU ist nach wie vor bereit, im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens an einer sachgerechten Lösung einer zukunftsorientierten Alterssicherung mitzuwirken. Um einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu erreichen, werden wir parallel dazu in einen intensiven Dialog mit den Sozialpartnern, Sozialverbänden, Rentenversicherungsträgern und den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen eintreten.

Die rot-grüne Bundesregierung hat auf der ganzen Linie enttäuscht. Gerhard Schröder hat alle zentralen Wahlversprechen, die angeblich „neun guten Gründe, SPD zu wählen“, gebrochen. Mehr und mehr Wähler erkennen die durchsichtige Strategie der Sozialdemokraten. Das zeigt sich bereits in den Umfragen für die Landtagswahlen im kommenden Frühjahr in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz und wird sich auch in den Wahlergebnissen niederschlagen. Denn der zehnte Grund, warum die Menschen in Deutschland nicht noch einmal auf die SPD hereinfallen werden, heißt Gerhard Schröder.